

Nichts gelernt?

Stadt darf sich ihrer Verantwortung für Ordnung und Sicherheit nicht entziehen!

Mit großer Sorge betrachtet die Zwickauer Bezirksgruppe der Gewerkschaft der Polizei (GdP) Pläne zur Stellenreduzierung im kommunalen Ordnungsamt.

2018 sorgten Brennpunkte des Kriminalitätsgeschehens, wie der Neumarkt oder das Muldeparadies für öffentliche Diskussionen. Festzustellen war ein Rückgang des subjektiven Sicherheitsgefühls der Bevölkerung. Der Stadtrat sah Handlungsbedarf und reagierte mit einem Beschluss zur Schaffung von vier zusätzlichen „Stadtpolizisten“-Stellen. Mit dann 19 Beschäftigten sollte möglichst ein Rund-um-die-Uhr-Dienst abgesichert werden.

Doch dieser Personalzuwachs ist real inzwischen wieder komplett abgebaut. Dies ergaben mehrere Stadtrats-Anfragen. Zwei Stellen waren befristet und sind ausgelaufen. Von den verbliebenen 17 Stellen sind nur 15 mit einsatzfähigen Beschäftigten besetzt. In der Stellenplanung für den nächsten Doppelhaushalt soll dies durch Stellenstreichungen nun auf Dauer so bleiben. Als Begründung werden Optimierungen des Dienstplanregimes angeführt, mit denen man die Stellenstreichungen kompensieren könne. Eine Milchmädchenrechnung, wie die GdP meint. Weniger „Stadtpolizisten“ bedeuten geringere Schichtstärken und dadurch weniger Flexibilität beim Personaleinsatz. Fällt jemand kurzfristig wegen Krankheit oder Fortbildung aus, kann die Streife nicht auf Tour gehen. Außerdem wird die Präsenz eingeschränkt. Denn klar dürfte schließlich sein, dass mit weniger Personal kaum Präventivstreifen möglich sind. Vielmehr wird man reine „Auftragsabarbeitung“ erleben. Ein Beitrag zur Hebung des subjektiven Sicherheitsgefühls ist das gerade nicht.

Um dieses jedenfalls ist es nach wie vor nicht gut bestellt. Dies wird neben aktuellen Presseberichten und Stadtratsanfragen auch durch die im vergangenen Jahr veröffentlichte Sicherheitsanalyse bestätigt. Bürgerinnen und Bürger fühlen sich bedroht. Sie fordern mehr Polizeipräsenz. Außerdem zeigt die Analyse klar auf, wie sich mangelnde Ordnung (zum Beispiel illegale Graffiti) auf die Sicherheit auswirkt. Dem kann man nur mit Manpower, sprich mit entsprechendem Verfolgungsdruck begegnen.

Ein Verweis auf den Polizeivollzugsdienst (sprich die Landespolizei) ist dabei wenig hilfreich. Gefahrenabwehr ist zunächst eine Aufgabe der Polizeibehörde, sprich der Stadt. Sie muss sich um die Einhaltung ihrer Polizeiverordnung selbst kümmern. Erst dann, wenn sie aus irgendwelchen Gründen kurzfristig nicht in der Lage dazu ist, springt der Polizeivollzugsdienst ein. Doch auch dieser wurde durch einen politisch gewollten Stellenabbau über viele Jahre deutlich reduziert. Von den später viel beworbenen 1000 zusätzlichen Stellen im Freistaat sind nicht viele auf die Polizeidirektion Zwickau entfallen. Der von einer Expertenkommission geforderte Stellenaufwuchs wird nur zum Teil umgesetzt. Unter dem Strich werden wohl auch zukünftig zu wenig Vollzugspolizisten auf Streife gehen.

Die GdP sieht ganz klar die Stadt in der Pflicht, ihrer Verantwortung gerecht zu werden. Wer in diesen Zeiten Stellen bei Ordnungshütern streicht, legt die Axt an die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger. Deshalb fordern wir die Oberbürgermeisterin, die Stadtverwaltung und vor allem den Stadtrat zum Handeln auf. Der Beschluss von 2018 darf nicht unterlaufen werden. „Die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung muss eine kontinuierliche Aufgabe sein. Man darf sie nicht an der Kassenlage ausrichten. Das wird sich rächen. Spätestens dann, wenn es wieder einmal irgendwo akute Probleme gibt.“, sagt Bezirksgruppenvorsitzender Bernd Rudolph.

Zur Info:

Die Gewerkschaft der Polizei ist die größte Berufsvertretung der Polizei. Die Bezirksgruppe Zwickau organisiert mehr als 650 aktive und ehemalige Polizeibeschäftigte im Bereich der Polizeidirektion Zwickau sowie im kommunalen Stadtordnungsdienst Zwickaus.